



Protokoll

zur Sitzung des Studierendenparlaments der FernUniversität in Hagen

vom 22.04.2023 in Hagen

beschlossen am: 11.11.2023

Inhaltsverzeichnis

TOP 01	Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit.....	3
TOP 02	Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Pascal Gluth.....	3
TOP 03	Rücksprache/ Austausch mit der Kanzlerin, Birgit Rimpo-Repp und ggf. Beschlussfassungen aus dem Gespräch	3
TOP 04	VORGEZOGEN: TOP 9 Diskussion und Beratung über die geplante Gebührenerhöhung/ Gebührenänderung der Hochschule (ggf. Stellungnahme für Senat) .	6
TOP 05	Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen.....	11
TOP 06	Berichte SP-Vorsitz, AStA-Vorsitz, AStA.....	11
TOP 07	Wahl einer/eines stellv. SP-Vorsitzes	13
TOP 08	Bericht aus der AG-Satzung und Aussprache	13
TOP 09	Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache.....	14
TOP 10	Studierendenschaftsbeitrag.....	15
TOP 11	Bericht und Beratung BHS zur Buchungslage	17
TOP 12	Hochschulbeauftragung für Studierende mit Beeinträchtigung (Diskussion und ggf. Beschlussfassung)	18
TOP 13	Zukunft Campusstandorte (Diskussion und ggf. Beschlussfassung)	18
TOP 14	Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der Studierendenschaft oder der Hochschule	19
	Benennung eines*r Kassenprüfer*in (FSA).....	19

TOP 01 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Nils Roschin eröffnet die Sitzung um 10:20.

Die Sitzung startet öffentlich, Gäste sind zugelassen. Nachdem sich die Sitzung vollständig eingefunden hat, spricht Nils Roschin die Grußworte.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 15 anwesenden Stimmberechtigten festgestellt.

LHG	(2)
Linke Liste	(3)
GF Psy	(0)
WiWi-Liste	(0)
RCDS	(2)
AuS & UNIS	(1)
DIE PARTEI	(0)
SPD JUSO	(2)
FSA	(0)
AfD	(1)
DIE GRÜNEN	(3)
Grau und Schlau	(1)
Beschlussfähigkeit	(15) / 27

TOP 02 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Protokollführung: Vorschlag: Pascal Gluth

Nils Roschin dankt Pascal Gluth für seine erneute Bereitschaft zur Protokollführung. Pascal Gluth wird zur Wahl des Protokollanten gestellt, der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 03 Rücksprache/ Austausch mit der Kanzlerin, Birgit Rimpo-Repp und ggf. Beschlussfassungen aus dem Gespräch

Das SP eröffnet ein virtuelles Zoom-Meeting mit der Kanzlerin der FernUniversität, Birgit Rimpo-Repp, sowie Frau Bettina Griwatsch vom Rektorat. Frau Rimpo-Repp beginnt den Vortrag über die Gebührenanpassungen anhand von PowerPoint-Folien. Sie berichtet von erwartbaren Engpässen in der Zukunft, die somit abgedeckt werden müssten. Die KPSF-Beratungen zu der neuen Gebührenordnung sind bereits mit Studierendenbeteiligung erfolgt.

Gebühren fürs Studium seien in Deutschland zwar ungewöhnlich, aber die FernUni ist durch das Hochschulabgabengesetz verpflichtet, die durch das Fernstudium entstehenden besonderen Kosten als Gebühren für die Studierenden weiter zu belasten.

Leider sei der finanzielle Spielraum der FernUniversität anhand projizierter Ertrags- und Ausgabenentwicklungen eng. Vor allem die Kosten seien zuletzt gestiegen, daher sei eine Gebührenanpassung nötig.

Frau Rimpo-Repp bezieht sich dabei auf eine Tabelle in ihrer Präsentation, die für die kommenden Jahre ähnliche Preissteigerungen voraussieht wie für 2023.

Nach Abschluss der Präsentation gegen 11:00 Uhr beginnt eine Frage-Antwort-Runde. Die Kanzlerin meldet jedoch an, dass sie nur begrenzt Zeit mitgebracht habe, da sie von 10:00 Uhr ausging. Nils Roschin weist auf die Einladung per Mail hin, in der von 11:00 Uhr die Rede war.

Petra Lambrich eröffnet die Fragerunde: an Präsenzuniversitäten würden auch Moodle und ähnliche Plattformen angewendet; warum werden diese Kosten daher an Fernstudis weitergegeben? Ihr Gefühl sei, dass die Studierenden, die nichts mit solchen Ausstattungen wie neuen Sitzgruppen in der Universität zu tun haben, dies mitbezahlen sollen. 180€ für ein Modul ist ein ziemlich steiler Anstieg.

Die Kanzlerin antwortet: die Grenzziehung zwischen FernUni und anderen Unis war früher einfacher zu ziehen; inzwischen seien die Materialien oft ähnlich aufbereitet und die Kosten nähern sich den Präsenzhochschulen an. Das Land NRW sei aber nicht bereit, die FeU mit den gleichen Maßstäben zu messen wie Präsenzhochschulen.

Es wird gefragt, wie es sich mit der Finanzierung von Stellenausschreibungen sowie der Weiterbildungssparte der Universität verhält.

Die Kanzlerin entgegnet, Stellen besonders im wissenschaftlichen Betrieb seien oft aus Drittmitteln finanziert; die Weiterbildungssparte trage sich als Weiterbildungs GmbH selbst. Bezüglich der sächlichen Ausstattung der Universität (Thema Sitzgruppen etc.) entgegnet sie, die Ausstattung der Uni werde aus Mitteln, die sonst verfallen wären, finanziert; den Beschäftigten soll aber auch eine angenehme Atmosphäre am Campus ermöglicht werden.

Frau Griwatsch fügt hinzu, Gemeinkosten sind für Personen die Leistungen im Bereich des Fernstudiums erbringen – Aufbereitung der Studienbriefe z.B. allgemeine Personalkosten aus dem Hochschulbeitrag würden hingegen nicht auf die Gebühren umgelegt.

Petra Lambrich fragt nach, warum sich nach der Begehung zur baulichen Barrierefreiheit des Campusgelände in Hagen, das vor fast einem Jahr stattgefunden hat, noch nichts getan hat und woran das liegt.

Frau Rimpo-Repp antwortet, dass sie dies nicht wisse. Sie wird sich erkundigen und entsprechend im Nachgang informieren.

Petra Lambrich merkt an, bei barrierefreien Materialien gab es Landesfördergelder; diese Kosten werden aber auch aufgeführt und von Studis getragen. Wie komme es dazu?

Frau Rimpo-Repp will sich diesen Bereich noch einmal näher ansehen.

Adam Ernst betont, es wäre sinnvoll, Einblick in die zahlenmäßige Höhe der einzelnen Posten zu bekommen. Dies würde die Legitimität der Gebühren für die Studierendenseite steigern. Er fragt zudem nach: gilt die Erhöhung ab WiSe 2024/25 oder bereits für 2023/24?

Die Kanzlerin antwortet: die Gebührenordnung soll im SoSe 2024 in Kraft treten.

Jan Czada fragt zu den Ausgaben: was löst die enormen Kostensteigerungen aus? Man sehe von 2022 auf 23 einen erheblichen Sprung – hier seien evtl. Energiekosten denkbar. Was rechtfertigt die weitergehend projizierten Steigerungen? Energiekosten und Inflation würden in diesem Sinne an Studierende weitergegeben.

Frau Rimpo-Repp antwortet: allgemeine Kostensteigerungen betreffen alle Bereiche, aber besonders Mietkosten für Campusstandorte seien teilweise stark gestiegen, in einem Fall sogar verdoppelt worden. Zudem fände wieder deutlich mehr in Präsenz statt, also seien die Campusstandorte zu stabilisieren; einzelne Zahlen werden dem Studierendenparlament natürlich nicht vorgestellt, da da rechtliche Probleme bei diesen internen Daten bestehen würden.

Petra Lambrich fragt: die Campusstandorte haben ja einen gewissen Luxusstandard. Sie freue sich immer, wenn sie bahnhofsnah gelegen sind; in manchen Städten werde es sicherlich schwierig sein, preisgünstigere Gebäude zu finden. Sie kritisiert, dass Dinge bezahlt werden, die nicht umgesetzt werden; z.B. würden die Klausuren der Fakultät KSW an anderen Hochschulen geschrieben, nicht aber in den Campusstandorten. Wenn diese schon bezahlt würden, sollten sie auch genutzt werden.

Die Kanzlerin antwortet, ein solches Vorgehen widerspreche einer Vereinbarung, dass die Campusstandorte wieder vermehrt genutzt werden sollen. Alles sollte nach Möglichkeit dort stattfinden; sie wolle der Sache nachgehen. Sie habe Interesse an der vermehrten Nutzung der Campusstandorte. Diese sollen nach Wunsch des Rektorats mit studentischem Leben gefüllt werden.

Petra Lambrich betont, Hybridveranstaltungen seien aber aus Studierendenschaftssicht durchaus erwünscht, da es für manche Studis schwierig sei, für kurze Zeiträume anzureisen. Außerdem betont sie, der Campus Hagen müsse mehr genutzt werden, hier gebe es günstige Übernachtungen in Form der BHS und den Minicampus für die Betreuung der Kinder.

Frau Rimpo-Repp antwortet, die Nutzung des Standorts in Hagen sei vorgesehen. Bezüglich Lage der Campusstandorte in den Städten: der Campus Hannover sei beispielsweise suboptimal gelegen, Verhandlungen zu zentralerem Standort fanden statt aber seien leider geplatzt. Eine Kooperation mit der Uni Hannover sei im Gespräch, so ein Modell solle auch mit anderen Hochschulen verfolgt werden. Auch Stuttgart müsste eigentlich zentraler gelegt werden.

Marianne Steinecke fragt zu den Finanzen für Prüfungen an Campusstandorten: werde das Prüfungswesen als zentrale Aufgabe aus dem Haushalt herausgerechnet oder zahlten Studis für ihre Prüfungen an Campusstandorten selbst? Hinzu komme, dass es keine Ermäßigung für die Grundgebühr gebe und die Erhöhung der

Materialbezugsgebühr zusätzlich mit der verkürzten Wiederbelegungsfrist stehen an. Sie fragt, welche konkrete Ermäßigungen im Raume stünden?

Die konkreten Dinge bezüglich Ermäßigungen müsste die Kanzlerin nachfragen. Wiederbelegung sei mit 3 oder 4 Semestern recht großzügig möglich. Klausuren würden aber aus dem Hochschulhaushalt finanziert.

Stefan Guddas sagt, beim Master of Laws und beim Staatsexamen kämen ähnliche Module zu Tragen, wo Studierende berichteten, dass dort identische Klausuren nur mit unterschiedlichen Modulnamen gestellt würden. Es gebe auch Module, die seit Jahren nicht überarbeitet wurden; bei einem Modul stehe noch Deutsche Mark in den Materialien. Er verstehe die Notwendigkeit einer Grundlagenfinanzierung; dass aber die Nachbereitung eines Moduls nicht stattfindet, oder dass Gesetzesänderungen von vor 6 Jahren immer noch nicht berücksichtigt würden, zeuge von einer mangelnden Beschäftigung mit dem Material. Wie könne hier mehr Transparenz garantiert werden?

Frau Rimpo-Repp entgegnet, die betrauten Professor*innen (Rektorin/Prorektor Studium) sollten angesprochen werden, um die Qualität der Materialien zu begleiten. Eine Meldung ans Rektorat ist in solchen Fällen erwünscht.

Petra Lambrich gibt auf den Weg, dass sie sich bei der Wiederbelegungsfrist ein Entgegenkommen wünscht. Dies sei nicht mehr von derselben Qualität wie in der Vergangenheit.

Die Kanzlerin verabschiedet sich nun von der Sitzung, da sie leider noch einen privaten Termin wahrnehmen müsse.

Nils Roschin informiert, er habe die Kondolenzkarte für das langjährige Mitglied Alexander Stirzel herumgehen lassen; außerhalb der Tagesordnung werde ein Gedenken mit Schweigeminute erfolgen.

TOP 04 VORGEZOGEN: TOP 9 Diskussion und Beratung über die geplante Gebührenerhöhung/ Gebührenänderung der Hochschule (ggf. Stellungnahme für Senat)

Aus dem Plenum wird die Präsentation der Hochschulleitung diskutiert. In der Coronazeit seien die Kosten gesunken, es folgte ein starker Sprung im Jahr 2023 – diese Zahlen seien allerdings stärker steigend projiziert als erwartbar selbst im aktuellen Umfeld, daher sei die Begründung nicht befriedigend. Energiekosten mögen gestiegen sein. Energiekostensteigerungen und Inflationskosten seien zudem keine fernstudiengebundenen Kosten, diese sind allgemeiner Natur und sollten nicht über Gebührenerhöhung weitergebar sein. Der Zuschuss des Landes müsste stattdessen steigen.

Nabiha Ghanem sagt, bei Einführung der Gebühren hätte man bereits aus der Studierendenschaft gewarnt, dass die Gebühren für Allgemeinkosten missbraucht werden könnten. Vor dem OVG Münster in der mündlichen Verhandlung ging es schließlich darum, welche Gebühren überhaupt umgelegt werden dürfen. Hier werde zu Lasten der Studierenden wahrscheinlich stark quer finanziert.

Carsten Fedderke missfällt, dass die studentischen Vertreter*innen des Senats „basierend auf den Angaben der FernUni“ Stellung beziehen. Die studentische Sicht werde nicht vertreten, da sie zu sehr auf den Angaben der Kanzlerin und des Rektorats beruht.

Petra Lambrich meint, wahrscheinlich müsse durch ein*e Kommilitone*in geklagt werden, damit die FernUni gezwungen ist, die Gebühren aufgeschlüsselt offenzulegen. Warum ein einzelnes Modul plötzlich 60€ mehr kosten sollte, verstehe sie wirklich nicht.

Adam Ernst meint, Prof. Stürmer hätte bessere Daten geliefert und damit ein strukturelles Defizit darstellen können. Die Lehrstühle in WiWi beschwerten sich, dass sie zu wenige WiMis einstellen könnten. Er wisse nicht, ob das an interner Umverteilung liege; eine Kostenaufschlüsselung hätte hier vorliegen müssen. Ob die Gebührenerhöhung gerechtfertigt werden kann, könne ja nur bei Vorlage von konkreten Zahlen geprüft werden.

Dieter Weiler betont, dass das Äquivalenzprinzip gelte, also müssen die Abgrenzungskriterien klargestellt werden. Die „Kosten des Fernstudiums“ sollen umgelegt werden. Mentoriats und Tutorien müssten auch von Universitäten bezahlt werden, warum sollten diese durch Gebühren gezahlt werden? Hier steht auch im Raum, dass QVK-Mittel missbraucht werden, um Defizite im Grundhaushalt zu decken.

Im Hochschulabgabengesetz stehe dazu „kann“. Bestimmte Ausgaben *können*, müssen aber nicht umgelegt werden. Die Extrapolation der Inflationsraten von über 10% sei nicht schlüssig mit aktuellen Entwicklungen erklärbar.

Daniel George sagt, er könne die Zahlen nicht in Hinsicht auf ihre Rechtfertigung bewerten; die KPSF-Zahlen würden nicht offengelegt, die gelieferten Daten seien Müsli. In der zustimmenden Stellungnahme der studentischen KPSF-Mitglieder stünden viele Gründe, warum man im Senat die Gebührenerhöhung als studentische Vertreter*innen ablehnen *müsse*. Insbesondere die Diskussion im SP zu Zeiten der Einführung der Gebühren zeige viele kritische Punkte der Kostenstrukturen und mögliche Sparvorschläge auf, ohne die Studierenden entsprechend zu belasten. Dass die studentischen Mitglieder der Unigremien jetzt zustimmen, dass die Gebühren erhöht werden müssten, finde er absurd. Seit Jahren werde von Seiten der Studierendenschaft Einblick in die Kostenstrukturen gefordert, auch um mögliche Sparmaßnahmen zu identifizieren. Diese Argumente aufzuführen und für eine nachträgliche „Evaluation“ zu werben, sei absoluter Unsinn. Daniel George beantragt, dass das Studierendenparlament die studentischen Vertreter*innen auffordert, gegen die Gebührenerhöhung zu stimmen.

Nabiha Ghanem fällt auf, vielen sei nicht klar, welche Teile der Uni durch Gebühren finanziert seien. Die Lehre werde nicht davon bezahlt, sondern nur die zusätzlichen Kosten für das **Fernstudium**. Also Studienbriefe, Campusstandorte etc. Es gebe aber null Transparenz darüber, dass die FernUni sich dahingehend korrekt verhält. Nabiha Ghanem fordert eine Offenlegung der konkreten Zahlen. Als KSW-Studierende hätten sie von den Campusstandorten quasi nichts, da dort vonseiten des Lehrgebiets keine Mentoriats stattfänden.

Gudrun Baumgartner erläutert, dass es in KSW aufgrund des bestehenden Betreuungskonzepts keine dezentrale mentorielle Betreuung gebe, sondern

ausschließlich Präsenzveranstaltungen der Lehrgebiete an den Campusstandorten stattfinden.

Petra Lambrich möchte gern mehr Transparenz bei den Zahlen einfordern. Sie hätte gern Zahlen zu den einzelnen Punkten und möchte sehen, welche Sachen bezahlt werden, die für das Fernstudium nicht relevant sind.

Joana Kleindienst merkt an, der Stellungnahme der Senator*innen könne sich das SP offensichtlich nicht anschließen. Sie schlägt vor, über Daniels Antrag abzustimmen. Eine Stellungnahme könne nicht in der Diskussion im Plenum erstellt werden und solle per Umlaufbeschluss erfolgen. Der Antrag wird wie folgend ausformuliert:

Das Studierendenparlament der FernUniversität in Hagen weist die vorgelegte Stellungnahme der studentischen Senatsmitglieder entschieden zurück. Das Studierendenparlament fordert alle Mitglieder des Senates und insbesondere die studentischen Mitglieder des Senates dazu auf, gegen die vorgelegte Gebührenordnung zu stimmen.

Domenica Di Gangi sagt, sie war als Ersatzmitglied in der KPSF und sie hätten das nach bestem Wissen und Gewissen beurteilt. Es sei glaubhaft vermittelt worden, dass es sich nur um Kosten des Fernstudiums handeln würde. Sie finde es aber auch kritisch, dass Campusstandorte unter anderem für Repräsentationszwecke der Universität genutzt würden und der Unterhalt dann ausschließlich durch Studierende gezahlt werden solle. Die Stellungnahme kam in der Aufarbeitung der Positionen der Mitglieder zustande.

Adam Ernst sieht einen gemeinsamen Nenner zwischen SP und Senat in den Campusstandorten. Er finde es wichtig, dass man der FeU eindringlich erklärt, dass sich seit Corona etwas getan hat und dass die opulente repräsentative Form des Campusstandorts nicht mehr benötigt wird. Vieles liefe digital, daher brauche man keine 10-15 Räumlichkeiten. Man könne das Tesla-Modell übernehmen und statt „großer Autohäuser“ kleinere Räumlichkeiten in den Innenstädten nutzen. Diese Kosten seien vermutlich ein Großteil der 50-60€ pro Semester, die da eingezogen würden.

Marianne Steinecke hat ein Problem mit der Darstellung der Einnahmen/Ausgaben. Sie glaubt, diese können nicht korrekt sein. Es gebe schließlich auch Einsparungen. Wenn durch digitalen Wandel kein Material versendet werden muss, gebe es beispielsweise Einsparungen beim Vertrieb. Wohin gingen diese? Es sei zudem völlig intransparent, wie man Weiterbildungsstudiengänge, die von identischen Materialien und Personen ausgebildet werden, centgenau von den Fernstudierenden getrennt abrechne. Die gleichzeitige Tätigkeit der Mitarbeitenden an zwei Institutionen sei unklar aufzuschlüsseln. Wie hoch ist der Anteil einer Beratungsstelle, wie hoch der für Weiterbildungsgebühren? Solche Infos fehlten völlig.

Stefan Guddas sagt, auf den Webseiten der Campusstandorte sehe man allgemeine Studienberatung, die oft online angeboten würde, und bemerkt die regelmäßige Unerreichbarkeit der Campusstandorte. Bezüglich der Nebentätigkeit für die Weiterbildungs GmbH dürfe es an Universitäten Überschneidungen geben. Die Abwicklung der Weiterbildungstätigkeiten finde zudem aber über das universitätsinterne

Prüfungsamt statt. Die Auftrennung der wissenschaftlichen Bereiche sei hier unklar. Bzgl. der Weiterbildungs GmbH sollten Zahlen eingefordert werden.

Nabiha Ghanem betont, dass die FernUni die Gebühren ursprünglich rechtswidrig erhoben hatte und sich dann explizit Rechtfertigungsgründe ins Gesetz schreiben ließ. Auf die genauen Zahlen zu blicken sei hier extrem wichtig, zumal viele Studierende ohnehin schon unter der Inflation ächzten.

Anne Blohm pflichtet bei. Sie hätte sich ein bisschen allein gelassen gefühlt durch das SP, da einige der erfahrenen Stimmen nicht verfügbar gewesen seien. Um gut zu sein, müsse man die richtigen Leute stellen, hier hätte man vielleicht im Senat nicht alles Nötige erreicht. Sie sei aber erschrocken von den Kommentaren von Daniel George, man sollte sich lieber zusammensetzen und kurzschließen.

Dieter Weiler entgegnet, es war alles umfangreich im SP diskutiert worden und aufgrund der sozialen Aspekte sei die Beschlussvorlage so nicht tragbar. Corona und die schlechte Prüfungsorganisation hätten für viele eine Verlängerung der Studienzeit bedeutet. Zudem seien kaum konkrete Zahlen präsentiert worden. Die Daten wurden in der öffentlichen Senatssitzung bereitgestellt, somit könne überhaupt kein Problem darin bestehen, diese Daten auch für die Studierendenschaft zu veröffentlichen. Für Studierende, die knapp bei Kasse sind, sei diese Gebührenerhöhung eine enorme Belastung und werde vermutlich auch eine erhöhte Dropout-Quote bedeuten, nicht durch mangelnde Attraktivität, sondern weil sie sich dies schlicht nicht mehr leisten können.

Daniel George sagt, es ist ihm nicht bekannt, dass studentische Senator*innen in der Vergangenheit verkündet hätten, sie wollten durch das SP an die Hand genommen werden. Im Gegenteil wurde mitgeteilt, man wolle auf bewährte Streiter*innen für Studierende nicht zurückgreifen. Es sei ein bescheidenes Bild, das die Studierendenschaft hierin abgebe. Die Kritik am Gebührenmodell und an den fehlenden Informationen sei enorm groß. Dies sei in den SP-Protokollen nachzulesen. In der Vorbereitung der KPSF sollte man sich somit zumindest enthalten, wenn eine Diskussion im SP unmittelbar bevorsteht. Die Stellungnahme stehe nun so in der Welt und scheinbar gebe es da keinen Änderungsbedarf. Daniel George könne es so nicht mit sich vereinbaren, dass diese Position die Studierendenschaft nach außen darstelle. Er vermutet, dass die Position der Senator*innen eine kleine Partikularmeinung darstellt. Die Senator*innen müssten dem SP ja nicht folgen. Die Probleme hätten sie ja selbst erkannt, wie in der Erklärung erkennbar sei. Wenn die Gebührenerhöhung so einstimmig beschlossen würde, könnte man mit der nächsten Gebührenrunde ja bereits sicher rechnen. Immerhin stehe die Stellungnahme auf der Website als Empfehlung der KPSF an den Senat zur Zustimmung.

Gudrun Baumgartner betont, üblich sei eine Enthaltung in der Kommission, um Senatsabstimmungen nicht vorherzubestimmen. Sie berichtet über die Funktion der Campusstandorte und betont, diese sei primär für Studierende, nicht Fakultäten gedacht. Beratungsangebote und Mentoriats seien in Präsenz oft fruchtbarer. Die Räumlichkeiten seien in der Regel auch nicht opulent.

Adam Ernst antwortet kurz, die Campusstandorte müssten evaluiert werden; Frankfurt/Berlin seien zum Beispiel in der Post-Corona-Zeit überdimensioniert.

Petra Lambrich rechnet vor, über 7 Semester wird das Studium durch die Erhöhung ca. 1.000 € teurer. 50% mehr sei schlicht eine Menge. Die Senator*innen oder Kommissionsmitglieder hätten ja mal auf das SP zugehen können, wenn sie Unterstützung wünschten. Bei solchen Erhöhungen sei eine Ablehnung richtig. Bezüglich Campusstandorte; Nachteilsausgleich-Klausuren würden dort ebenfalls geschrieben. Ein, zwei Räume und ein Großer genügten daher nicht. Es müsse aber natürlich kein Prachtbau sein.

Jan Czada betont, die Stellungnahme hätte ihn überrascht. Hier sei stark die Perspektive der FeU durchgekommen. Die Präsentation der Kanzlerin hätte ihn nicht überzeugt, da keine Zahlen vorliegen. Man sei nun mal Interessenvertretung der Studierenden, nicht der FernUniversität. Da es nicht im Interesse der Studierenden sei, mehr zu zahlen, sei Ablehnung der einzig sinnvolle Weg.

Nabiha Ghanem möchte die wichtige Diskussion beim nächsten Mal führen, da es ein komplexes Thema sei. Der Beschlussvorlage könne man so aber nicht zustimmen.

Nils Roschin schlägt vor, dass ein Arbeitsteam gegründet wird. Die Beschlussvorlage müsse bis 3.5. beschlossen sein, also innerhalb von 7 Tagen am besten vorliegen.

Zudem wird die Stellungnahme der Senator*innen diskutiert. Mag das SP dazu Stellung beziehen?

Joana Kleindienst liest den Antragstext zur Stellungnahme vor

Das Studierendenparlament der FernUniversität in Hagen fordert alle Mitglieder des Senates und insbesondere die studentischen Mitglieder des Senates nachdrücklich dazu auf, gegen die vorgeschlagene Gebührenordnung zu stimmen.

Antrag Arbeitsteam:

Bildung eines Arbeitsteams		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
15	0	0
Ergebnis: Das SP stellt ein Arbeitsteam		

Antrag Positionierung des SP

Positionierung des SP zur Gebührenerhöhung der FernUniversität		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
14	1	0

Das SP wird sich zur Gebührenerhöhung positionieren.

Petra Lambrich, Carsten Fedderke, Nabiha Ghanem, Stefan Guddas, Daniel George stellen sich zur Auswahl. Marianne Steinecke arbeitet unter Vorbehalt zu.

Wahl der Kandidierenden zum Arbeitsteam

JA	14	NEIN	0	ENTHALTUNGEN	0
----	----	------	---	--------------	---

Ergebnis:
Das Arbeitsteam wird in der vorgeschlagenen Konstellation gebildet.

TOP 05 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen

Beide Protokolle werden zur Abstimmung vorgelegt. Redaktionelle Änderungen werden in der Sitzung vorgelegt und werden vor Veröffentlichung eingepflegt.

9 JA 0 NEIN 0 ENTH

Beschluss der Protokolle vom 22./23.01.2023 und 11.02.2023

JA	9	NEIN	0	ENTHALTUNGEN	0
----	---	------	---	--------------	---

Ergebnis:
Die Protokolle der beiden vorigen Sitzungen werden beschlossen.

TOP 06 Berichte SP-Vorsitz, AStA-Vorsitz, AStA

Daniel George berichtet, Anfang Mai gebe es einen Termin mit dem StZ Budapest. Neben Berichten zu den Seminaren geht es um mögliche weitere Unterstützung der Campusstandorte. Das Gespräch soll näheren Kontakt zu ausländischen Campusstandorten aufrechterhalten.

Adam Ernst hat eine Rückfrage zu SP-Protokollen. Die letzten auf der Homepage seien von 2021. Nils Roschin antwortet, diese seien in Bearbeitung. Zur nächsten SP-Sitzung sollten diese hoffentlich vorliegen. Pascal Gluth wird sich mit Joana Kleindienst abstimmen, um diese online zu stellen.

Adam Ernst fragt an: Ticketsystem – diese Anfrage des FSR sei seit der Zeit der vorigen AStA-Vorsitzenden offen. Daniel George antwortet, da liege ein Bericht vor, der dem SP zur Verfügung gestellt wurde. Wenn der FSR WIWI dies benötigt, könne das über Fernstudis betrieben werden (Fachschaftswebsite vs. Fernstudis-Website?). Adam Ernst bevorzugt die FSR-Website. Eine Abstimmung mit dem Büro wird erfolgen.

Weiter fragt Adam Ernst, der Fehlbetrag der BHS sei mit nur 2.000€ beziffert, hier stellt sich die Frage, ob die 100.000€ Zuschuss berücksichtigt seien. Carsten Fedderke entgegnet, der Zuschuss ist 2021/2022 geflossen und in der Rechnung selbstverständlich mitinbegriffen. Adam Ernst sagt, die kostendeckende Arbeit sollte nicht als Erfolg verkauft werden, wenn dabei die Zuschüsse ignoriert werden.

Das SprachRohr-Referat: die Zugriffszahlen seien Adam Ernst zufolge zu gering. Da benötige es komplementäre und digitale Angebote. Eine Arbeitsgruppe im SP sei ein sinnvoller Schritt. Bezüglich Redaktionsschlusses war es in der Vergangenheit Usus, zwei Wochen zuvor eine Erinnerungs-Mail zu senden. Dies sei zuletzt nicht mehr geschehen. Christoph Sprenger entgegnet, die Termine stünden im Kalender auf Fernstudis, wurden Anfang des Jahres versendet, etc. Zudem würden FSRe oft noch persönlich angeschrieben, um ihre Beiträge einzuholen. Bezüglich der Zugriffszahlen sei Werbung über die sozialen Medien durch Daniel Glaser erfolgt, inklusive Bewerbung einzelner Artikel. Er wünscht sich einen persönlichen Dialog über diese Dinge, statt dies in Sitzungen auszubreiten.

Adam Ernst antwortet, womöglich sei mit der neuen Ausgabe endlich Werbung gemacht worden. Während der AStA-Sitzung im Februar sei erstmals Werbung für das SprachRohr im Dezember geschaltet worden. Wenn jetzt endlich beworben wurde, sei das löblich. Es sei aber unterm Strich zu wenig.

Christoph Sprenger betont, die Bewerbung sei proaktiv erfolgt. Der Wegfall der Printausgabe sei schmerzlich und die Möglichkeit, Studierende zu kontaktieren, sei dadurch schwieriger geworden. Von tausenden, die die Postings sehen, werden sich wahrscheinlich nur einzelne zum Download bemühen.

Adam Ernst sagt, es müsse sich irgendjemand darum kümmern, dass endlich Ergebnisse geliefert werden. Unterm Strich sei es zu wenig. Der AStA würde sich selbst beweihräuchern ohne zu liefern.

Petra Lambrich widerspricht, das habe mit Beweihräucherung nichts zu tun, Christoph Sprenger habe nur die Gründe dargelegt, warum es schwierig sei, die Studis zu erreichen.

Michael Krämer betont, der Ton sei eine Frechheit. Man könne die Studis nicht dazu verpflichten, die Fernstudis-Website anzusehen. Wenn das Interesse nicht besteht, wird eben nicht geklickt, hier könne der AStA nicht viel machen. Beim nächsten Jour Fixe der Uni wird Thema sein, durch diese mehr Reichweite für die Studierendenschaft zu erreichen.

Marianne Steinecke macht darauf aufmerksam, dass die Redaktionstermine auf der vorletzten Seite der vorigen Ausgabe und an verschiedenen Stellen auf fernstudis.de stünden. Eine zusätzliche Erinnerungsmail sei ein guter Service, könne aber nicht

selbstverständlich erwartet werden. Konstruktive Vorschläge gebe es, aber von Adam Ernst seien hierzu keine zu hören gewesen.

Petra Lambrich betont, dass es von Leuten, die ein Amt mit Aufwandsentschädigung bekleiden, erwartbar ist, selbsttätig auf Redaktionsschlussstermine zu achten.

Jan Czada meint beim SprachRohr, dass wir über Dinge reden, über die wir nicht reden sollten. Was sei mit dem gedruckten SprachRohr? Das SP wolle ja eigentlich weiterhin ein gedrucktes SprachRohr haben und verfolge dies. Auch bei der letzten HHA-Sitzung hatte er den Eindruck, wegen des Gerichtsurteils sei das jetzt gelaufen. Dabei entscheidet das Gericht in der Sache und hat mitnichten das Versenden gedruckter Informationen unterbunden. Was tue der AStA in der Sache?

Christoph Sprenger entgegnet, das sei korrekt. Eine Print-Version wurde weiterverfolgt. Das Semestermagazin wurde mit der FernUni besprochen, um die Informationen mit den Studienbriefen zu versenden. Zum Beispiel wurde unterbreitet, man könne die Hausdruckerei nutzen oder Informationen der FernUni miteinbeziehen. Leider sei man darauf nicht eingegangen. Vonseiten der Rechtsaufsicht sei die Wirtschaftlichkeit angezweifelt worden. Man könne daher jetzt nicht Alleingänge machen. Die Studierendenschaft prüfe, inwieweit man sich gegen die gerichtliche Entscheidung wehren könne.

TOP 07 Wahl einer/eines stellv. SP-Vorsitzes

Keine Vorschläge. Der SP-Vorsitzende moniert die mangelnde Bereitschaft zur Unterstützung seines Amtes.

TOP 08 Bericht aus der AG-Satzung und Aussprache

Dieter Weiler berichtet zur Information des SPs. Die AG-Satzung käme zügig voran, die Wahlo könne nächste Sitzung hoffentlich beschlossen werden. Es kam immer zu einvernehmlichen Einigungen. Querverbindungen zur Satzung müssten noch in Betracht gezogen werden, damit die Regelungen stimmig sind. Highlights: Wahlunterlagen sollen als PDF eingereicht werden. Der Studi-o-mat wird gestrichen, da das SP die Entscheidung zu solchen Detailfragen frei treffen kann. Die unverzügliche Prüfung der Wahlvorschläge soll stattdessen nach angemessener Zeit erfolgen.

Stefan Guddas ergänzt, Dokumentation und Veraktung muss präziser werden, um Nachweise zu geben. Der ordnungsgemäße Ablauf müsse schließlich durch Dokumentation feststellbar sein. Teilweise wurden Einreichungen in interessanter Form getätigt, daher soll das jetzt vereinheitlicht werden. Die Wahlen sollen aber weiterhin separat von der FernUni ablaufen

Petra Lambrich betont, die PDFs sollten bitte barrierefrei sein.

Es erfolgt eine Unterbrechung der Tagesordnung. Das SP erhebt sich zum Gedenken an sein ehem. Mitglied Alexander Stirzel, der im Alter von nur 43 Jahren von uns ging. Das SP hält eine Schweigeminute ihm zu Ehren.

TOP 09 Bericht aus dem Haushaltsausschuss und Aussprache

Olaf Hey hat das Wort. In mehreren HHA-Sitzungen ging es um die Neugestaltung von Fernstudis.de sowie die Bezuschussung der Übernachtungen in der BHS. Zudem wurden einige Fachschaftsseminare begutachtet, da leider die 800€-Grenze nicht beachtet wurde. Der HHA hätte sich die Vorlage gewünscht und hätte der Auszahlung nicht im Wege gestanden.

Marianne Steinecke moniert, dass der Bericht quasi erst in der Sitzung vorgelegt wird, wenn die HHA-Sitzung bereits vor rund drei Wochen stattgefunden hat. Zur 800€-Grenze wird gefragt, ob die Grenze nicht anhand der Beschlusslage auf 1.000€ erhöht wurde. Dieser Antrag war ihres Wissens von Pascal Hesse selbst gestellt worden. Dies wird von SP-Seite geprüft.

André Radun betont, es gebe zwar einen Beschluss, aber da das in der Satzung geregelt ist, stehe die nötige Mehrheit der Abänderung im Wege. Die Satzung müsse dahingehend geändert werden.

Dieter Weiler stellt die Frage „ins Off“, warum Carsten Fedderke verwehrt wurde, sich digital zuzuschalten, wenn er zum Einladungskreis gehört und vornehmster Ansprechpartner für den Haushaltsausschuss sei.

Stefan Guddas betont, die Dozierendenhonorare stiegen und es würde schwieriger, mit dem Spielraum noch Leute zu bekommen. Man könnte mit den Dozierenden sprechen, dass dann eine Stunde weniger gelehrt wird, aber die Dozierenden hätten ja auch ein Lehrkonzept. Zudem sei es ein großer bürokratischer Aufwand.

Carsten Fedderke betont, der Haushaltsausschuss habe einfach nicht getagt, daher wurde vonseiten mehrerer Seminare der Fachschaften per Mail geradezu gebettelt, die Zahlungen freizugeben. Diese Problematik trete übrigens auch auf, wenn Mittelverwalter ihre Rechnungen über Monate nicht zeichneten. Es liege aber nicht an den Fachschaften, dass hier Probleme auftraten, sondern am HHA.

Adam Ernst korrigiert, dass der Bericht nicht während, sondern vor der Sitzung, nämlich um 9:40 des Morgens vorgelegen habe.

Daniel George stellt GO-Antrag auf Ende der Debatte, da hier keine Fragen gestellt würden, zumal die Vorsitzenden des HHA nicht anwesend sein. Das Einreichen eines Berichtes ein paar Minuten vor der Sitzung sei eine absolute Zumutung. Er zieht den Antrag allerdings zurück. Die Rednerliste wird weitergeführt.

Olaf Hey sagt, die Änderung der 800€-Grenze sei zu begrüßen. Hier ginge es um geringfügige Überschreitungen.

Nabiha Ghanem betont, der HHA habe einen Beschluss fassen wollen bzgl. AE über etwas, das nur vom FSR zu beschließen sei.

Petra Lambrich betont, über einzelne Fachschaften wurden Beschlüsse geschlossen, ohne dass diese je angesprochen wurde. Dies sei so nicht in Ordnung.

Da keine weiteren Fragen an den HHA gehen, wird der TOP geschlossen.

TOP 10 Studierendenschaftsbeitrag

Carsten Fedderke berichtet, eine Bereitschaft zur Festlegung des Beitrags nach Evaluation wurde erklärt. Alle Informationen und Analysen seien nur Momentaufnahmen. Diese kann sich ändern. Der AStA habe beschlossen, dass er 7€ nehmen möchte. Seine eigene Analyse mit den damals zu Verfügung stehenden Daten gehörte zur persönlichen Einschätzung von deutlich geringerem Bedarf. Insbesondere Michael Krämer und Christoph Sprenger haben sich engagiert, den Finanzbedarf zu schätzen.

Michael Krämer berichtet, für die Bildungsherberge sollte eine energetische Sanierungsrücklage gebildet werden (ca. 300.000€). Hier geht es um Fenster, Türen, Heizungsanlage (Wärmepumpe) etc., evtl. Heizkörperaustausch und Dämmung.

Zudem ist die Einrichtung einer Rechtsberatung angedacht. Hier könnte eine anwaltliche Erstberatung für Studierende angeboten werden.

Personalkosten: gutes Personal ist rar und will auch bezahlt werden. Evtl. könnte ein*e ständige*r Protokollant*in eingestellt werden.

Zudem sind hochschulpolitische Kampagnen, Lesungen etc. angedacht. Eine Positionierung der Studierendenschaft in Solidarität mit anderen Studierendenschaften sei auch erstrebenswert. Die Studierendenschaft sollte politischer werden und weniger Selbstverwaltung betreiben.

Insgesamt sind für Michael Krämers Ideen ca. 370.000 € einplanbar.

Christoph Sprenger erwägt ein Werbebudget für Social Media. Online zu werben sei wichtig, um die Reichweite zu vergrößern. Ein solches Werbebudget Social Media sollte das SprachRohr unterstützen.

Zudem müsste Software angeschafft werden, um einen vernünftigen Newsletter zu erzeugen. Layout und Gestaltung sollten angemessen sein, damit die Leute das auch lesen.

Konzeptionierung eines digitalen SprachRohrs in Form eines News-Magazins. Das Online-SprachRohr in PDF-Form ist für einen evtl. Druck natürlich wertvoll, für die digitale Präsentation wäre eine hübschere Darstellung denkbar. Man nehme typische Nachrichten-Webseiten als Beispiel. Somit könnte man den Fachschaften eigene Bereiche einräumen. Da befinden wir uns allerdings im Bereich des Telemediengesetzes. Somit muss es eine Chefredaktion geben.

Insgesamt hätte Christoph Sprenger damit bis zu 100.000€ verplant.

Hinzu komme Carsten Fedderke zufolge Schwankungsrücklage Wahlen 60.000€.

Nabiha Ghanem merkt an, dass hochschulpolitische Veranstaltungen in weitem Umfang ohne erhebliche Schwierigkeiten durchführbar sind.

Petra Lambrich möchte nicht erzwingen, dass Zahlen nach oben geschoben werden. Die Rechtsberatung halte sie für sehr wichtig. Langfristig sollte das Thema

Barrierefreiheit der BHS in Blick genommen werden. Sie sei schon recht barrierearm, aber es bestehe Luft nach oben.

Carsten Fedderke merkt an, er benötige eine einigermaßen konkrete Vorstellung über die einzelnen Posten. Er betont, bislang seien nur 50.000€ BHS-Zuschuss vorgesehen, wenn sich hier Bedarfe feststellen lassen, könne diese Summe auch erhöht werden.

Nabiha Ghanem bestätigt die Schwierigkeiten mit der BHS für die barrierefreie Nutzung.

Jan Czada fragt, in welcher Höhe die Rücklagen bestehen. Carsten Fedderke berichtet, er erwartet einen Überschuss von 660.000€ zusätzlich zur allgemeinen Rücklage von 105.000€.

Stefan Guddas schlägt vor, eine Plattform für die Kandidaturen der Hochschulwahlen zur Verfügung zu stellen, da die Kandidat*innen mangelhaft beworben wurden. Auch könnten AStA-Beauftragungen ausgeweitet werden. Carsten Fedderke betont aber, hier sind bereits Mittel vorgesehen, um Beauftragte zu wählen. Derzeit sind dafür 4.000€ vorgesehen. Stefan Guddas schlägt vor, die 800€-Grenze für Veranstaltungen der Fachschaften aufzulösen.

15:10 Tim Kölling ist anwesend, 16 stimmberechtigte

Rechtsberatung – Sozialberatung – Inklusion – Fachschaften – konkrete Einzelfälle: damit sollte der Betrag erhöht werden. Carsten Fedderke entgegnet, dieser würde bereits geplant von 24.000€ auf 50.000€ erhöht werden.

André Radun befürwortet die Professionalisierung, um die Abhängigkeit von irgendwelchen Gremien zu reduzieren.

Nabiha Ghanem bestätigt, auch die Fachschaften bekämen oft Fragen rechtlicher Natur.

Jan Czada unterstützt die Beschlussfähigkeit der Vorschläge.

Carsten Fedderke zählt die Vorschläge zu Ausgaben zusammen und erreicht somit einen Finanzbedarf i.H.v. ca. 900.000€ oder 8,50 € semesterweisen Beitrag.

Jan Czada kritisiert das Vorgehen der Sitzung als nicht in Ordnung. Der AStA-Vorschlag von 7,00 € sei begründet, hier eine energetische Finanzierung von 300.000€ in den Raum zu werfen sei im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Diese Debatte sollte auf die Haushaltsberatungen vertagt werden.

Stefan Guddas betont die Notwendigkeit, rechtzeitig für die nächste Einschreibefrist einen Beschluss über die Beitragshöhe festzulegen.

Daniel George muss Jan Czada beipflichten. Viele der Ideen seien gut und wichtig, aber „Ideenbingo“ zu spielen und spontan aus dem Plenum aufzunehmen sei kein gangbarer Weg, besonders da es schwierig würde, das Geld in einem Jahr auch auszugeben und schließlich auch mit der Uni in Einklang zu bringen. Hohe Sanierungskosten bekomme man nicht in einem Jahr abgefeiert, die Vorbereitungszeiten seien lang, auch Planungsleitungen verzögerten sich. Er glaube, mit dem AStA-Beschluss sollten die

Bedarfe gedeckt sein und das Plenum würde sich einen Gefallen tun, dem Vorschlag zu folgen.

Adam Ernst pflichtet Jan Czada und auch Daniel George bei. Der niedrigere Beitrag würde genügen. Er lobt außerdem Carsten für die neue Excel-Tabelle für die Fachschaftsräte. Diese sei zeitaufwendig, aber schlüssele die Daten gut auf. Daher wäre es sinnvoll die o.g. Posten in ähnlicher Weise detailgenau aufzuschlüsseln, vor allem wenn es Beträge in sechsstelliger Höhe sind.

Edmund Piniarski möchte beantragen, die 9,00 € beizubehalten, da die Rücklagen immer nützlich seien.

Nabiha Ghanem antwortet, diese Beitragshöhe dürfte rechtlich problematisch werden, da solche allgemeinen Rücklagen nicht gebildet werden sollen. Edmund Piniarski zieht seinen Antrag zurück.

Petra Lambrich beantragt, dem AStA-Vorschlag mit 7,00 € zu folgen.

16/0/0 einstimmig.

Beitragshöhe von 7,00 € nach Beschlussvorlage des AStA		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
16	0	0
Ergebnis: Der Vorschlag des AStA wird einstimmig vom SP beschlossen.		

TOP 11 Bericht und Beratung BHS zur Buchungslage

Die aktuellen Belegungszahlen der BHS inkl. vorläufigen Zahlen für 2023 werden angeworfen. Die beantragende Liste ist nicht anwesend. Kevin Rübenstahl verweist auf das Ende der Pandemie und die steigenden Belegungszahlen.

Adam Ernst antwortet, es seien ursprünglich fehlerhafte Zahlen geliefert worden. Warum seien die aktuell gelieferten Zahlen immer noch fehlerhaft? 2019 Umsatz extern 47.000€ bei 1.681 Übernachtungen. Kevin Rübenstahl antwortet, Doppelzimmer seien oft doppelt belegt.

Daniel George stellt einen GO-Antrag, den Tagesordnungspunkt zu schließen. Es gibt keine Gegenrede.

TOP 12 Hochschulbeauftragung für Studierende mit Beeinträchtigung (Diskussion und ggf. Beschlussfassung)

Dieter Weiler berichtet, bis nach Mitternacht wurde über die Situation der Stellvertretung der Hochschulbeauftragten für Studierende mit Beeinträchtigung diskutiert, im Anschluss wurde ein Papier versendet. Die redaktionellen Änderungen konnten erst am selben Tage eingefügt werden. Ein Teil des Textes wurde obsolet und gestrichen. Die Stellvertretung sei in der Grundordnung nicht vorgesehen. Herr Stallmann habe sich dafür jedoch stark gemacht. Herr Terbeck meinte, vorgesehen sei allenfalls eine reine Abwesenheitsvertretung. Die Vorstellung der Studierenden sei hingegen, dass Hauptamt und Stellvertretung als Team zusammenarbeiten. Die Stellungnahme soll die Notwendigkeit für diese Stellvertretung bekräftigen.

Daniel George dankt Dieter Weiler für die Aufarbeitung dieses Missstandes. Er erklärt die vollumfängliche Unterstützung der LHG auch wenn der Senat dagegen stimmen könnte. Falls der Senat sich querstelle, könne man sich hier an die Lokalpresse wenden.

Nabiha Ghanem dankt für das Papier. Eine kleine Anmerkung zum dritten Absatz habe sie aber, und zwar sollte der Halbsatz gestrichen werden: „da für diesen Personenkreis ein Studium an einer Präsenzuniversität schwer möglich oder gar unmöglich ist“. Vielmehr sollte Forderung sein, dass alle Hochschulen für Menschen mit Beeinträchtigungen zugänglich seien.

Petra Lambrich merkt an, eine dauerhafte Vertretung muss explizit gefordert sein.

Einige redaktionelle Änderungen werden nach einmütiger Übereinkunft vorgenommen.

Adressat*innenkreis: Petra Lambrich schlägt Senat, Hochschulleitung, Inklusionsbeauftragte und Anti-Diskriminierungsbeauftragte der FernUni und Patienten- und Behindertenbeauftragte NRW, Ausschuss für Wissenschaft und Kultur vor.

Abstimmung über den Antrag:

14/1/1 JA NEIN ENTH

Beschluss über die vorgefasste Stellungnahme des SP zur Stellvertretung der Hochschulbeauftragten		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
14	1	1
Ergebnis: Der Vorschlag wird beschlossen.		

TOP 13 Zukunft Campusstandorte (Diskussion und ggf. Beschlussfassung)

Gudrun Baumgartner hat alles zu Sagende bereits in ihrem Bericht aufgelistet.

TOP 14 Nachwahl von Mitgliedern in die Gremien der Studierendenschaft oder der Hochschule

Benennung eines*r Kassenprüfer*in (FSA)

Der Kassenprüfer ist zurückgetreten. Damit würde die FSA Nickolas Emrich benennen. Mike Wördemann (GRÜNE) ist ebenfalls zurückgetreten, Die GRÜNEN haben aber noch keinen Vorschlag.

Das Besetzungs- und Wahlverfahren wird diskutiert. Die Satzung wird zu Rate gezogen.

Adam Ernst weist vor seinem Verlassen der Sitzung auf den öffentlichen Debattierclub hin. Der FSR WiWi unterstütze die Veranstaltung am morgigen Sonntag, 23.04.

Adam Ernst stellt Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sitzungsunterbrechung um 16:38 bis 16:46 Uhr.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 14 Anwesenden festgestellt.

Nils Roschin berichtet, momentan trotz Abgängen der PSY-Liste das SP noch vollzählig, sodass es 27 Stimmberechtigte gibt; 14 erfüllt aber das Mehrheitsquorum.

Jan Czada fragt, ob es mit dem Satzungswortlaut bedeutet, das SP könne frei entscheiden, wer Kassenprüfung macht? Daniel George bestätigt, dass es ein Übereinkommen ist, dass alle Listen eine Stimme bekommen.

Das SP stimmt über die Bestellung von Nickolas Emrich ab.

Jan Czada bittet zu beachten, bei Nichtwahl von Nickolas Emrich werde er nach Hause gehen.

Abstimmung über die Berufung Nickolas Emrichs als Kassenprüfer		
JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
1	10	2
Ergebnis: Die Position bleibt unbesetzt.		

Jan Czada erklärt, die Beschlussfähigkeit möge festgestellt werden.

Jan Czada verlässt die Sitzung um 16:56.

Es wird gefordert, ins Protokoll aufzunehmen: die AfD habe um 16:51 das SP genötigt, für diese Personalie zu stimmen.

Daniel George findet unzumutbar, dass bestimmte Kräfte vorab nach Durchzählen geplant zu haben scheinen, vor dem TOP 15 die Beschlussunfähigkeit des SP zu forcieren.

Carsten Fedderke regt an, der SP-Vorsitzende möge unter Verwendung des §12 GO SP in Zusammenarbeit mit den Gruppenvorsitzenden hinsichtlich der letzten Punkte einen Dringlichkeitsbeschluss für die nächste Sitzung vorbereiten, der in der nächsten Sitzung bevorzugt behandelt werden möge.

Die Sitzung wird aufgrund der Beschlussunfähigkeit beendet um 17:03. Es folgt eine anschließende Abstimmung über einen möglichen Termin.

Protokollerklärung von Jan Czada, 25.05.2023

Bezüglich des Protokolls zur Sitzung vom 22.04. gebe ich folgende Protokollerklärung ab mit der Bitte um Berücksichtigung:

In der Vergangenheit war es satzungsmäßig verankert und gängige Praxis, dass jede Hochschulgruppe einen Kassenprüfer benennen kann. Diese Praxis hat sich bewährt, da die Kassenprüfung nicht nur stets kollegial verläuft, sondern weil eine funktionierende Kontrolle der Kasse sowohl im Interesse der Studierendenschaft, der Hochschulgruppen als auch im Interesse des Asta ist. Vor diesem Hintergrund hatte der SP-Vorsitzende auf die Tagesordnung den Punkt "Benennung eines Kassenprüfers FSA" aufgenommen. Diese Tagesordnung wurde ohne Widerspruch entsprechend angenommen. Nach Aufruf des Tagesordnungspunkts wurde jedoch eine Wahl des Kassenprüfers gefordert. Tatsächlich war die Satzung in diesem Punkt geändert worden, ohne dass es zuvor jemandem aufgefallen war. Die sonst noch amtierenden Kassenprüfer waren ebenfalls benannt worden. Vor diesem Hintergrund habe ich die Frage gestellt, ob vom Asta weiterhin die Meinung vertreten wird, dass jede Hochschulgruppe einen Kassenprüfer stellen können sollte, was bejaht worden ist. Obwohl ich selbst und meine eigene Hochschulgruppe nicht betroffen war, habe ich daher angekündigt, dass ich die Sitzung verlassen werde, wenn dies anders sein sollte und die demokratischen Gepflogenheiten nicht beachtet werden. Denn eine Missachtung demokratischer Gepflogenheiten war und ist ein Hauptgrund für eine Beschädigung des Arbeitsklimas im Rahmen der Studierendenvertretung. Unter anderem war auch ein Mitglied meiner Hochschulgruppe, welches zuvor dem Asta angehört hatte, wiederholt nicht einmal in den BHS-Beirat gewählt worden. Grund hierfür war seine Zugehörigkeit zur "falschen" Hochschulgruppe, obwohl der BHS-Beirat laut Satzung ebenfalls von allen Hochschulgruppen besetzt werden soll und dieser nur eine Beratung zur Verbesserung der Bildungsherberge zum Ziel hat. Dieses langjährige SP-Mitglied ist kürzlich verstorben, auf der Sitzung hat ihm das SP mit einer Schweigeminute gedacht. Nachdem dann auf der SP-Sitzung nur noch wenige SP-Mitglieder aus der Asta-Koalition anwesend waren und die Wahl eines Kassenprüfers FSA verhindert wurde, wobei auch nicht deutlich gemacht werden konnte, welche andere Person der FSA man denn sonst bereit wäre zu wählen, habe ich die Sitzung verlassen. Der Finanzreferent des Asta hatte mir kurz zuvor angedroht, er werde mir die Kosten der Sitzung in Rechnung stellen, falls ich die Sitzung verlasse. Mit seiner Drohung nötigte er mich, gegen meinen Willen weiterhin an der Sitzung teilzunehmen. Die implizite Behauptung, dass SP-Mitglieder die Sitzung nicht einfach verlassen können, wenn andere Mandatsträger der Asta-Koalition und weiterer Hochschulgruppen nicht für Sitzungen erscheinen, ist nicht haltbar. Ebenfalls nicht, dass einzelne SP-Mitglieder für einen solchen Fall finanzielle Schäden zu befürchten haben. Den Vorwurf einer Nötigung weise ich entschieden zurück.